

20.03.01**Empfehlungen**
der Ausschüsse

- a) Fz - AS - G - Wi
b) Fz - AS - Wi

zu **Punkt** der 761. Sitzung des Bundesrates am 30. März 2001

- a) Jahresgutachten 2000/01 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- b) Jahreswirtschaftsbericht 2001 der Bundesregierung
Reformkurs fortsetzen - Wachstumsdynamik stärken

A**Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem Bundesrat,****zu den Vorlagen gemäß § 6 Abs. 1 des Sachverständigenratsgesetzes und gemäß § 2 Abs. 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:**

1. a) Der Bundesrat stellt fest, dass Deutschland 2000 mit einem Wachstum von 3,0 % die höchste wirtschaftliche Dynamik seit 1991 aufweist. Die positive konjunkturelle Tendenz ist jedoch in hohem Maße auf die Exporttätigkeit zurückzuführen. Eine nachhaltige Stärkung der inneren Wachstumskräfte ist bisher nicht gelungen. Nicht zuletzt deshalb bleibt das Wirtschaftswachstum im internationalen Vergleich deutlich zurück:
- Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist in den Jahren 1999 und 2000 um 1,5 % bzw. 3 %, im Durchschnitt der OECD dagegen um 3,0 % bzw. 4,3 % gestiegen.
 - Von den EU-Staaten haben im Jahr 2000 nur Italien und Dänemark ein

Ausgeliefert am 20. MÄRZ 2001

noch schwächeres Wachstum aufzuweisen.

Der internationale Vergleich macht deutlich, dass Deutschland Wachstums- und damit Arbeitsplatzchancen verschenkt.

- b) Der Bundesrat sieht mit Sorge, dass sich der konjunkturelle Aufschwung bereits im Jahresverlauf 2000 verlangsamt hat. Die schlechtere Wirtschaftslage schlägt bereits auf den deutschen Arbeitsmarkt durch. Mit Recht weist der Sachverständigenrat darauf hin, dass bei der Lösung des derzeit dringlichsten Problems, der hohen Arbeitslosigkeit, nur unzureichende Fortschritte verzeichnet wurden. Nach seiner Einschätzung verlief der Beschäftigungsaufbau im Gefolge des derzeitigen Konjunkturzyklus enttäuschend, insbesondere verglichen mit der Entwicklung während der Aufschwungsphasen in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren. Die ohnehin schon niedrige Dynamik beim Abbau der Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich hat sich von Oktober 2000 bis Februar 2001 auf 164.000 Personen fast halbiert. Dabei hat bereits das Erwerbspersonenpotential aufgrund der arbeitsmarktpolitisch günstigen demographischen Entwicklung allein im Jahr 2000 um rd. 160.000 Personen abgenommen.

- [] = 2.
- [c) Mit Besorgnis sieht der Bundesrat das Zurückbleiben der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern. Seit 1997 steigt die gesamtwirtschaftliche Produktion im Osten langsamer als im Westen. Das Wirtschaftswachstum erreichte im Jahr 2000 in den neuen Ländern lediglich 1,3 %, gegenüber 3,4 % in den alten Ländern (ohne Berlin). Damit hat sich die Schere im Wirtschaftswachstum zwischen neuen und alten Ländern wieder stark geöffnet. Auch für 2001 und 2002 erwarten einige Wirtschaftsinstitute, dass sich dieses Auseinanderdriften fortsetzen wird. Beispielsweise rechnet das Institut für Weltwirtschaft mit einer Zuwachsrate des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts von 1,5 % in 2001 und 1,7 % in 2002, während in beiden Jahren für die alten Länder ein Zuwachs von 2,2 % prognostiziert wird.]

- d) Alle Prognosen gehen davon aus, dass sich das Wachstum im Jahr 2001 in Deutschland weiter abschwächen wird. Das Geschäftsklima in der deutschen Wirtschaft hat sich in den letzten Monaten stetig verschlechtert. Die Verlangsamung der konjunkturellen Auftriebskräfte ist nicht allein auf die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Japan und den Wachstumseinbruch in den USA zurückzuführen. Ursächlich sind auch die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die das Ausschöpfen der Wachstumspotentiale verhindern.
- e) Die Bundesregierung hätte nach Auffassung des Bundesrates die günstige konjunkturelle Lage im Jahr 2000 für längst fällige Reformen nutzen müssen. Die von der Bundesregierung beschlossenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind ungeeignet, die Arbeitslosigkeit substantiell zu verringern. Die Bundesregierung hat bislang die falschen Antworten auf die Herausforderungen des Standortwettbewerbs und der Globalisierung gefunden. Nur wenn die Beschäftigungspolitik klare Signale für Investitionen, Innovationen und Existenzgründungen gibt, wird es gelingen, die Arbeitslosigkeit nachhaltig abzubauen.
- f) Der Bundesrat fordert die Bundesregierung deshalb auf, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerade für den Mittelstand durchgreifend zu verbessern, die Steuer- und Abgabenlast zu reduzieren und auf einen Kurs konsequenter Deregulierung einzuschwenken:

[] = 3.

- [- Mittelständische Personenunternehmen, Motor für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland, werden durch die Steuerreform gegenüber Kapitalgesellschaften deutlich benachteiligt. Das gilt für Zeitpunkt und Umfang der steuerlichen Entlastung ebenso wie für die Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, die Schlechterstellung von Business Angels, die Einschränkung der Verlustverrechnung (§ 2 Abs. 3 EStG) oder die Benachteiligung von Sachanlagen gegenüber Finanzkapitalinvestitionen. Diese Defizite müssen ab dem Jahr 2002 beseitigt werden.]
- Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die zum 1. Januar 2001 in Kraft getretenen AfA-Tabellen zu überarbeiten. Insbesondere sollen bei der Bemessung der Nutzungsdauer sowohl technische als auch betriebswirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden. Angesichts der Bedeutung von Abschreibungsmodalitäten für ein wettbewerbsfähiges Steuersystem ist es unabdingbar, die Neukonzeption der AfA-Tabellen in

enger Abstimmung mit den Ländern in einem geordneten Bundesratsverfahren vorzunehmen.

- Die ohnehin schon geringen Entlastungswirkungen der Steuerreform werden durch die Ökosteuer in erheblichem Umfang aufgezehrt, zumal die Rentenversicherungsbeiträge nur geringfügig gesenkt werden. Gerade bei mittelständischen Betrieben im Transport- und dienstleistungsnahen Gewerbe stehen wegen dieser steuerpolitisch falschen Weichenstellung tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Ökosteuer abzuschaffen.
- Der Bundesrat tritt dafür ein, dass es bei einer Neuregelung der Erbschaftsteuer zu keiner Steuererhöhung kommt. Es muss vor allem sichergestellt sein, dass die steuerliche Belastung des Erbübergangs bei Immobilien nicht erhöht wird, um den Wohnungsbau und die Unternehmensnachfolge nicht zu gefährden.
- Die Lohnzusatzkosten sind in Deutschland unter allen Industrieländern am höchsten. Das von der Bundesregierung angestrebte Ziel einer Absenkung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags auf unter 40 % ist mangels Reformwillen trotz Einführung der Ökosteuer ernsthaft in Frage gestellt. Alle Zweige der Sozialversicherung müssen mit dem Ziel, die Eigenverantwortung zu stärken, grundlegend reformiert werden. Die Zukunftsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung ist ohne Ergänzung durch eine bürokratisch einfach gestaltete private Altersvorsorge nicht dauerhaft gewährleistet. Bei allen Vorsorgeformen muss zur nachgelagerten Besteuerung übergegangen werden. Mit dem Gesetz zur Alterssicherung werden die Lohnzusatzkosten nicht spürbar verringert, der Einstieg in die geförderte private Vorsorge ist zu zaghaft und zu bürokratisch, das Wohneigentum wird ausgegrenzt und die Besteuerungsfrage bleibt weitgehend offen. Bei der Arbeitslosenversicherung müssen die bestehenden finanziellen Spielräume noch in diesem Jahr für eine Reduzierung des Beitragssatzes von 6,5 % auf 5,5 % genutzt werden, was zu einer Entlastung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer um insgesamt 14 Mrd. DM führen würde. Im Bereich der Krankenversicherung muss auf den bisherigen Dirigismus mit starren Budgetierungen verzichtet werden. Notwendig ist mehr Wettbewerb und eine enge Begrenzung des Risikostrukturausgleichs zwischen den Kassen.

g) Der Bundesrat ist der Auffassung, dass insbesondere die falsche Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung Wachstum und Beschäftigung kostet. Zu Recht hat der Sachverständigenrat in seinem Herbstgutachten darauf hingewiesen, dass die Arbeitsmarktpolitik die gravierendste Zielverfehlung der Wirtschaftspolitik in Deutschland darstellt:

- Deutschland hat weltweit einen der reguliertesten Arbeitsmärkte. Trotzdem hat die Bundesregierung die 1996 eingeführten maßvollen Erleichterungen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wieder zurückgenommen.
- Angefangen bei der 630-DM-Neuregelung und dem sogenannten Gesetz gegen Scheinselbständigkeit über das Gesetz zur Teilzeitarbeit bis hin zu den Einschränkungen bei der befristeten Beschäftigung wurden die Regulierungsdichte auf dem Arbeitsmarkt weiter verschärft und damit neue Einstellungshemmnisse besonders für die mittelständischen Betriebe errichtet.
- Auch die von der Bundesregierung beabsichtigte Reform des Betriebsverfassungsgesetzes ist arbeitsmarktpolitisch ein Schritt in die falsche Richtung. Den mittelständischen Unternehmen entstehen infolge einer Erhöhung der Zahl der Betriebsräte und der Freistellungen Zusatzkosten in Milliardenhöhe, die alle Maßnahmen zur Senkung der Kostenbelastung am Standort Deutschland konterkarieren. Notwendig ist statt dessen der Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung als moderne Form der Mitbestimmung sowie generell eine konsequente Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

[] = 4.

- [- Darüber hinaus müssen nach Auffassung des Bundesrates alle Formen staatlicher Regulierung und die staatliche Wirtschaftstätigkeit auf den Prüfstand gestellt werden. Der staatliche Dirigismus auf den Produkt- und Dienstleistungsmärkten wirkt zu Lasten der Verbraucher. Deshalb muss entgegen der Absicht der Bundesregierung z. B. das Briefmonopol der Post wie ursprünglich vorgesehen zum 31.12.2002 auslaufen. Die Privatisierung von staatlichem Beteiligungsbesitz setzt zusätzliche wirtschaftliche Dynamik frei, verbessert die Kosteneffizienz der unternehmerischen Leistungserstellung und muss deshalb konsequent fortgeführt werden. Die Einnahmen müssen zur Reduzierung der Kreditaufnahme des Staates, zur Stärkung der Investitionshaushalte und zur Steuersenkung eingesetzt werden.]

- h) Je weniger eine gute Welt- und Exportkonjunktur die strukturellen Verkrustungen in Teilen der deutschen Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt verdeckt, umso größer wird der Reformdruck. Wenn das ohnehin wenig ehrgeizige Ziel erreicht werden soll, die Arbeitslosigkeit bis Ende 2005 unter 3 Millionen zu senken, muss die Bundesregierung gerade angesichts eingetrübter Wachstumsperspektiven die längst überfällige Flexibilisierung des Arbeitsmarktes in Deutschland endlich entschieden in Angriff nehmen.
- i) Der Bundesrat stellt fest, dass der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung jegliches ordnungspolitische Leitbild fehlt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der organisatorischen Eingliederung der wirtschaftspolitischen Grundsatzabteilung in das Bundesfinanzministerium. Den bisher ergriffenen Maßnahmen mangelt es an der notwendigen Kontinuität und Berechenbarkeit, um das Vertrauen von Bürgern und Wirtschaft in die weitere konjunkturelle Entwicklung zu stärken. Ziel muss es sein, die ordnungspolitischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft wieder in das Zentrum der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Bundesregierung zu rücken.

B

5. Der federführende **Finanzausschuss**, der **Ausschuss für Arbeit und Sozialpolitik** und der **Gesundheitsausschuss**¹⁾ empfehlen dem Bundesrat,
- a) von dem Jahresgutachten 2000/01 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gemäß § 6 Abs. 1 des Sachverständigenratgesetzes
und
 - b) von dem Jahreswirtschaftsbericht 2001 der Bundesregierung gemäß § 2 Abs. 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes

Kenntnis zu nehmen.

¹⁾ Empfehlung G nur zur Vorlage unter Buchst. a)